

GESELLSCHAFT

Wahlen ließen auch Debatte über Abzug der Truppen aus dem Irak aufflammen

Die größte Oppositionspartei Smer-SD tischte ein paar Tage vor den Wahlen das Thema des Truppenaufenthaltes im Irak auf. Smer möchte im Falle einer Regierungsbeteiligung einen beschleunigten Rückzug slowakischer Truppen erreichen. Der Grund dafür soll sein, dass die „militärische Aktion im Irak mit Lügen begründet gewesen wäre, an deren Verbreitung auch der Premierminister der SR, Herr Dzurinda, der in Wirklichkeit ein Lakai von Bush wäre, direkt teilgenommen hätte“. Laut Verteidigungsminister Martin Fedor (SDKÚ-DS) seien dies nur „laute Kraftausdrücke ohne reale Grundlage“. Interessant ist, dass für den Vorschlag zur Beendigung des Aufenthaltes slowakischer Soldaten im Irak, den Abgeordnete der KSS im Jahr 2004 vorlegten, nur acht Abgeordnete von Smer-SD gestimmt hatten.

Auch die KDH, die ebenfalls für einen ehest möglichen Abzug slowakischer Soldaten aus dem Irak in ihrem Programm plädiert und bereits bei deren Entsendung auf die Risiken dieses Schrittes hingewiesen hatte, da der Krieg im Irak kein „gerechter Krieg sei“, schloss sich diesem Thema an.

Offizieller Standpunkt der gegenwärtigen Leitung des Verteidigungsministeriums der SR ist, dass die Slowakei ihre Soldaten im Irak weder auf Dauer noch zu lange stationieren möchte. Es macht aber den Rückzug der Truppen von einer Konsolidierung der Lage abhängig, sodass die irakischen Sicherheitskräfte mehr Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen können.

Nationalismus im Wahlkampf

Eine der Schattenseiten des Wahlkampfs ist die nationalistische Rhetorik einiger Parteien. Am krassesten zeigt sich dies leider im Falle der Slowakischen Nationalpartei (SNS), die sehr reale Chancen für den Einzug ins Parlament hat. SNS-Vorsitzender Ján Slotá erklärte, vom Posten des Parteivorsitzenden zurück zu treten, sollte die Partei der ungarischen Koalition (SMK) in der künftigen Regierung sein. Bei dieser Gelegenheit sparte er nicht mit Beleidigungen gegen Ungarn („mongoloide Typen mit krummen Beinen, vom slawischen Blut zivilisiert“). Der Vorsitzende der SNS griff auch Homosexuelle auf vulgäre Weise an und äußerte den Wunsch, das Meer möge nach dem Schmelzen der Eisberge steigen und die Niederlande als verdorbenes Land von der Erdoberfläche wegschleppen. Erwähnenswert ist, dass ein solch nationalistischer und militanter Parteiführer für eine Zusammenarbeit mit praktisch allen Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei der Slowakei und der SMK offen ist.

Auch in der Rhetorik anderer, glücklicherweise bedeutungsloser Parteien gibt es Parolen, die z.B. besagen, dass die Slowakei „christlich und weiß“ sein soll. Die Generalstaatsanwaltschaft untersucht z. B. die Tätigkeit der Slowakischen Volkspartei (SLS). Auf der Kandidatenliste der SLS steht nämlich auf Platz zwei der Vorsitzende einer vom Gericht aufgelösten politischen Partei „Slovenská pospolitost“ – Slowakische Gemeinschaft – einer nationalen Partei, die durch extremistische Äußerungen für Aufsehen sorgte.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

Wahlen ließen auch Debatte über Abzug der Truppen aus dem Irak aufflammen.....	1
Nationalismus im Wahlkampf.....	1
Laut Meinungsumfrage hat SDKÚ das beste fachliche Background.....	2
Bemühungen des Premiers um koordinierte Vorgangsweise von Mitte rechts stießen auf Unverständnis.....	2
Originalität des Wahlkampfs: Erster Fernsehsender einer politischen Partei.....	2
Negativer Aspekt des scheidenden Parlaments waren Übertritte der Mandatäre.....	2

WIRTSCHAFT

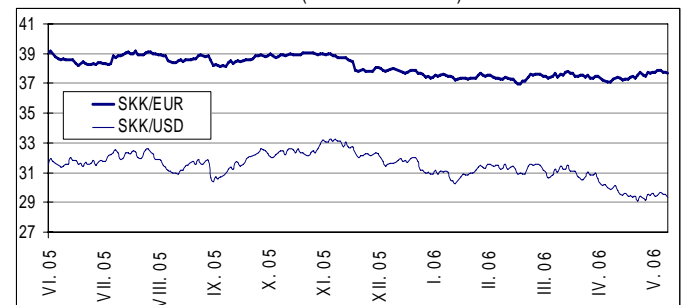
BIP-Wachstum nach vorläufiger Schätzung bis 6,3%.....	2
Lohnanstiegsvorsprung vor Produktivitäts-wachstum verzeichnete keine ernste Stabilitätsgefährdung.....	3
Darlehen an Bevölkerung wachsen, bisher aber kein Grund zur Besorgnis...3	
Verbesserung der Position der Slowakei im internationalen Leistungsvergleich.....	3

KOMMENTAR

Gutes Zeugnis des Finanzministeriums der SR.....	4
--	---

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (VI.2005 – V.2006)



Quelle: NBS

	2001	2002	2003	2004	2005	2006*
BIP-Wachstumstempo**	3,8	4,4	4,2	5,5	6,0	6,2*
Inflation (CPI)	7,1	3,3	8,5	7,5	2,7	2,6*
Arbeitslosigkeit***	19,2	18,5	17,4	18,1	16,2	14,8*
Ausland. Invest. (mill.USD)	1190	3965	870	800	1700*	2000*
SKK/USD	48,3	45,3	36,8	32,3	31,0	31,0*
SKK/EUR	43,3	42,7	41,5	40,0	38,6	37,5*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

GESELLSCHAFT

Laut Meinungsumfrage hat SDKÚ das beste fachliche Background

Die Agentur Polis Slovakia führte im Mai eine unübliche Meinungsumfrage durch: Sie fragte, welche politische Partei nach Ansicht der Bürger das beste fachliche Background hätte. Am besten schnitt die Slowakische demokratische und christliche Union ab (SDKÚ-DS). Die SDKÚ-DS hat laut 27,9 Prozent der Befragten das beste fachliche Background, gefolgt an zweiter Stelle von Smer-SD (18,3%), weiter von der ĽS-HZDS (12%), die KDH hat das beste fachliche Umfeld nach Meinung von 7,8%. Obwohl die Gruppe der Befragten das fachliche Umfeld der SDKÚ am besten bewertete, bevorzugt dieselbe Gruppe Róbert Fico, den Vorsitzenden der Partei Smer-SD als Premierminister. 20,2% der Befragten möchten Róbert Fico nach den Wahlen als Premierminister, und 16,2 Prozent möchten den Vorsitzenden der SDKÚ-DS Mikuláš Dzurinda. Es folgt Vladimír Mečiar, den 4,5 Prozent der Befragten zum Premier haben möchte. Nach den Ergebnissen der Umfrage hat Róbert Fico die besten Voraussetzungen zur Ausübung des Premierspostens, dies dachten 29,6 % der Befragten.

Bemühungen des Premiers um koordinierte Vorgangsweise von Mitte rechts stießen auf Unverständnis

Die SDKÚ-DS schlug eine koordinierte Vorgangsweise mit der Christlichdemokratischen Bewegung (KDH) und der Partei der ungarischen Koalition (SMK) vor den Wahlen vor. Der Premierminister und Vorsitzender der SDKÚ-DS Mikuláš Dzurinda ist an einer weiteren Zusammenarbeit und koordinierter Vorgangsweise mit KDH und SMK interessiert. Der Premier hob die Nähe der Programme der Parteien hervor und rief zur erneuten engen Zusammenarbeit auf. Gleichzeitig erklärte er, die SDKÚ wolle weder mit Smer noch mit der ĽS-HZDS zusammenarbeiten. Der Grund wäre die mangelnde Selbstreflexion hinsichtlich der Tätigkeit der ĽS-HZDS in den Jahren 1995-98 sowie die destruktive Politik von Smer und seine Verbindung mit den Gewerkschaftsleitern.

Die Initiative des Premierministers wurde seitens der SMK und KDH mit keinerlei großem Verständnis aufgenommen. Die politische Lage siehe laut SMK-Vorsitzendem Béla Bugár derzeit nicht danach aus, dass SDKÚ, KDH und SMK nach den Parlamentswahlen einen gemeinsamen Block bilden könnten. Bugár kann sich zwar eine Zusammenarbeit von SDKÚ, KDH und SMK vorstellen, er denke jedoch nicht, dass die Bildung einer solchen Koalition einfach sein werde. Er merkte an, dass eine der Erfahrungen aus dem

gemeinsamen Regieren auch der Abgang des KDH aus der Koalition und die Stellung von Bedingungen für eine Zusammenarbeit seitens der KDH war.

Der Vorsitzende der SMK schließt nicht aus, dass bei potenziellen Gesprächen der Rechten über die Aufstellung der Regierung auch die Bedingung genannt werden könnte, dass Mikuláš Dzurinda nicht mehr an ihrer Spitze sein sollte. Für die SMK ist aber die Person von Mikuláš Dzurinda kein Hindernis. Die SMK würde aber gewisse Barrieren im Koalitionsvertrag dagegen verankern wollen, dass sich einige Parteien in der Koalition gegen die Interessen ihres Koalitionspartners verbünden. Den Eintritt in eine Minderheitsregierung würde die SMK ähnlich wie die KDH ablehnen, da sie mit einem solchen Regieren schlechte Erfahrungen hat.

Die KDH hat einen Rechtsblock vor den Wahlen offen abgelehnt. Laut KDH-Vorsitzendem Pavol Hrušovský wird erst nach den Wahlen entschieden, wie und mit wem die KDH über eine weitere Zusammenarbeit verhandeln wird. Die eventuelle Bildung einer Minderheitsregierung sieht Hrušovský jedoch als die schlimmste mögliche Lösung. Er erkannte zwar an, dass die Programme von KDH und SDKÚ-DS kompatibel seien, die Stil der Politik, der von Premierminister Mikuláš Dzurinda angewendet wurde, sei jedoch für die KDH unannehmbar. Sollte er diese Art und Weise der Politik fortsetzen, werde die KDH die Zusammenarbeit ablehnen.

Es scheint also, als ob die Beziehungen der Mitte-rechts Parteien – der Mitglieder der ehemaligen Regierungskoalition – weiterhin durch persönliche Zwistigkeiten und Misstrauen belastet wären. Dabei sind die im jetzigen Wahlkampf vorgelegten Programme einander derart ähnlich, dass es schwierig ist, Unterschiede darin zu finden.

Originalität des Wahlkampfs: Erster Fernsehsender einer politischen Partei

Die Bürgerliche konservative Partei – Občianska konzervatívna strana (OKS) startete die Ausstrahlung eines neuen slowakischen Fernsehsenders – TV12. Wie OKS-Vorsitzender Ondrej Dostál informierte, wird das Signal des neuen Fernsehens per Internet ausgestrahlt und es könne auch mit Hilfe von Handys verfolgt werden. Ausgesendet wird TV12 von OKS, die in den

Parlamentswahlen im Juni mit Nummer 12 kandidiert. TV12 ist der historisch erste selbstständige Fernsehsender einer politischen Partei. Im Wahlkampf soll er vor allem Informationen über Ziele, Standpunkte und Prioritäten im Programm des OKS verbreiten, sowie Stellungnahmen der Parteivertreter und Unterstützer. Die OKS zeichnet sich ansonsten durch eine äußerst scharfe Kritik übertriebener staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft aus und gehört zu den bedeutendsten Befürwortern des freien Marktes.

Negativer Aspekt des scheidenden Parlaments waren Übertritte der Mandatare

Bei Bewertungen des Parlaments, dessen Legislaturperiode gerade zu Ende geht, wird immer wieder das Argument über die Übertritte von Abgeordneten von Partei zu Partei oder von Abwanderung der Abgeordneten aus ihren Mutterparteien unter die sog. unabhängigen Mandatare wiederholt. Der Abgeordnetenklub der Partei Smer-SD wurde als einziger während der vergangenen vier Jahre im Parlament stärker. Nach den Wahlen von 2002 war Smer in den Nationalrat der SR als drittstärkste Partei mit 25 Abgeordneten eingetreten. Am Ende dieser Legislaturperiode hatte der Abgeordnetenklub 27 Mandatare und war der zahlenmäßig Stärkste. Die größten Verluste erlitt der Abgeordnetenklub von ĽS-HZDS: Binnen vier Jahren waren 14 Mandatare gegangen, ihre Anzahl sank von den ursprünglichen 36 auf 22. Es verlor auch der Abgeordnetenklub von SDKÚ-DS, der sechs Mandatare verlor (von 28 Mitgliedern hatte er 22 am Ende der Legislaturperiode). Der Klub ANO wurde um ein Drittel kleiner (ins Parlament kam er mit 15 Mitgliedern, er endete mit zehn). Es verloren auch die Kommunisten, von ihnen gingen zwei Abgeordnete. Am stabilsten blieben die Klubs von KDH und SMK, die die Legislaturperiode mit der gleichen Anzahl von Abgeordneten wie am Anfang beendete. Der Nationalrat endete mit 25 Abgeordneten, die Mitglieder keines Klubs waren (aus der Gesamtanzahl von 150 Mandataren).

Mit dieser Instabilität hingen auch die Unvorhersehbarkeit parlamentarischer Entscheidungen und die Ungültigkeit aller parlamentarischer Mathematik zusammen. Die Standpunkte der Abgeordneten, die in keine Partei gehören (oder jener, die ihre neuen Parteien gründeten) waren oft bis zum letzten Moment vor wichtigen Abstimmungen unklar. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dies Verdächtigungen wegen Stimmenkauf aufkommen ließ.

WIRTSCHAFT

BIP-Wachstum nach vorläufiger Schätzung bis 6,3%

Im 1. Quartal 2006 wurde laut sog. schneller Schätzung des Statistikamtes der SR ein Bruttoinlandsprodukt von 368,8 Mld. Sk produziert.

Im Vergleich zum 1. Quartal 2005 stieg dieses real um 6,3%. Dieser äußerst positive Wert ist keinerlei Überraschung, eher eine Bestätigung der günstigen Erwartungen. Im Juni wird das Statistikamt der SR seine Schätzung

präzisieren, nach bisherigen Erfahrungen nehmen wir aber nicht an, dass sich diese von der erwähnten schnellen Schätzung um mehr als ein- oder zwei zehntel Prozent unterscheiden wird.

Lohnanstiegsvorsprung vor Produktivitätswachstum verzeichnete keine ernste Stabilitätsgefährdung

Unter den endgültigen Ergebnissen des Arbeitsmarktes für das Jahr 2005 ist sicherlich der starke Anstieg des nominellen als auch des realen Lohnes erwähnenswert. Der Durchschnittslohn für 2005 erreichte 17 274 Sk, um 9,2% mehr als 2004. Der Reallohn stieg um 6,3%. Es ist Tatsache, dass das Lohnwachstumstempo schneller war als der Anstieg der Arbeitsproduktivität, was üblicherweise zu besorgten Kommentaren führt. Wir nehmen jedoch nicht an, dass dies automatisch ein Problem für die Konkurrenzfähigkeit bedeuten sollte:

1. Im Zeitraum vor 2005 war die Konstellation lange Zeit umgekehrt: Der Lohnanstieg hinkte hinter dem Arbeitsproduktivitätswachstum hinterher. Im Laufe von 16 Jahren der wirtschaftlichen Transformation hat sich die Schere zwischen der stark wachsenden Produktivität und dem sich wechselhaft entwickelnden Reallohn erheblich geöffnet. Es sollte daher nicht überraschen, wenn es auch in Zukunft zu einer umgekehrten Erscheinung kommt und der Lohnanstieg das Produktivitätswachstum übersteigt. Es muss sich nicht automatisch um eine Gefährdung der makroökonomischen Stabilität handeln.
2. Es ist wenig wahrscheinlich, dass ein solch merklicher Vorsprung des Lohnanstiegs vor dem Produktivitätswachstum, wie er 2005 verzeichnet wurde, langfristig andauern würde. Das Tempo des Nominallohnwachstums wird bei fortwährend hohem Tempo des Produktivitätswachstums allmählich langsamer werden. Die Akteure bei den Lohnverhandlungen werden wohl auf die erheblich gesunkene Inflationsrate reagieren.
3. Auch ein hohes Wachstumstempo bei den Löhnen hat die Fähigkeit der Unternehmen, Gewinn zu erwirtschaften, nicht gefährdet. Das Tempo des Profitwachstums in nichtfinanziellen Organisationen wuchs sogar fast doppelt so schnell wie die Nominallöhne. Das heißt, dass das Lohnwachstum 2005 keine bedeutende negative Auswirkung auf die finanziellen Ergebnisse von Unternehmen hatte.

4. Die Lohnquote (Anteil der Entlohnungen der Angestellten am BIP, wobei die Entlohnungen die Bruttolöhne einschließlich Abgaben beinhalten) geht bereits seit einigen Jahren erheblich zurück. Diese erreichte nur mehr 37,4% im Jahr 2005, im internationalen Vergleich ist dies ein niedriger Anteil. Nach 2001 kommt es zur auffälligen Änderung der Rentenstruktur: Einer Stärkung der Unternehmensrenten (Betriebsüberschüsse, gemischte Renten von Gewerbetreibenden) sowie einer Schwächung des Anteils von Angestelltenrenten (d.h. Anteil der Entlohnungen von Angestellten). Diese Tatsachen belegen ebenfalls, dass der Vorsprung des Lohnwachstums vor dem Produktivitätsanstieg im Jahr 2005 keine ernste Gefährdung der Wirtschaftsstabilität bedeutet.

Darlehen an Bevölkerung wachsen, bisher aber kein Grund zur Besorgnis

Eines der Anzeichen der bis Februar dieses Jahres relativ gelockerten Währungspolitik ist die Stärkung des Wachstums gewählter Darlehen durch Kommerzbanken. Wie aus Diagramm 2 ersichtlich, dauerte 2005 ein starkes Wachstum von Darlehen an Haushalte an (der Anstieg um 41% war mit deren Wachstum um 37% im Jahr 2004 vergleichbar). Wichtiger ist aber das mäßige Ansteigen des Volumens gewählter Darlehen an Unternehmen (nach Rückgang im Jahr 2004 folgte ein Wachstum um 15%).

Der Anstieg von Darlehen an Haushalte rückt ins Zentrum der Medien, es wird oft über die Verschuldung von Haushalten oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Haushalte u.ä. diskutiert. Es stimmt, dass die Wachstumsdynamik jener an Haushalte gewährten Darlehen hoch ist, die Strukturcharakteristik dieser Darlehen ermöglicht aber eine Korrektur negativer Szenarien:

- 1) Der erhebliche Teil dieser Darlehen ist zur Finanzierung von Immobilien bestimmt. Im Jahr 2005 wurden etwa 67,6% der Darlehen der Bevölkerung gerade zur Finanzierung

der Immobilien gewährt. Die Argumente, dass Haushalte den Verbrauch mit Darlehen deckten, sind also nicht korrekt. Es ist eher ein Wandel im Einkaufsverhalten: Die Bevölkerung bevorzugt eine frühere Verwendung der Ware und die Ersparnisse werden ex post gebildet (in Form von Darlehensrückzahlungen).

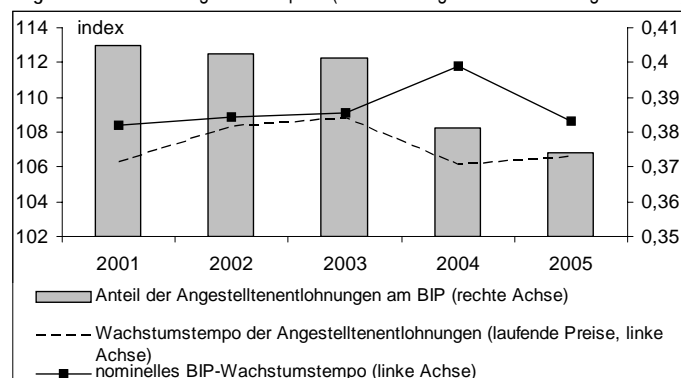
- 2) Bisher sind nur rund 5,5% dieser Darlehen entweder klassifizierte Darlehen oder Standarddarlehen mit Vorbehalt. Es ist wahr, dass es einen leichten Anstieg „problematischer“ Darlehen bedeutet (konkret geht es um einen Prozentpunkt im Vergleich zu 2003, 2002), es ist jedoch keine dramatische Wende (darüber hinaus ist es im Vergleich zum Jahr 2004 eine leichte Verbesserung).

Die Expansion der Darlehen kann aber im Jahr 2006 langsamer werden: Im Laufe von Februar bis Mai hat die Nationalbank der Slowakei die Schlüsselzinssätze bereits zweimal erhöht. Grund ist die erhöhte Inflationsrate, die den Rahmen der NBS-Ziele sprengt. Im restlichen Verlauf des Jahres ist daher mit einer restriktiveren Währungspolitik im Vergleich zu den Jahren 2004 und 2005 zu rechnen, einer leichten Verteuerung der Darlehen oder einem verlangsamten Wachstumstempo gewählter Darlehen.

Verbesserung der Position der Slowakei im internationalen Leistungsvergleich

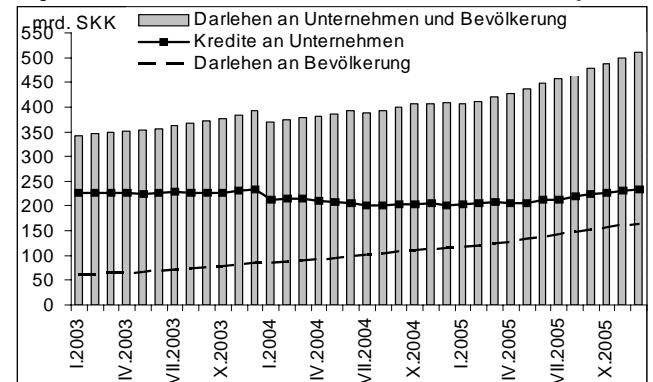
2005 machte die slowakische Wirtschaft einen bedeutenderen Schritt beim Einholen der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der OECD-Länder (d.h. in der realen Konvergenz) als in den vergangenen Jahren. Während im Zeitraum 2002-2004 lediglich eine Änderung von 50% des OECD-Durchschnitts auf 51% erreicht wurde, so erfolgte innerhalb des Jahres 2005 eine Steigerung von 51% auf 53% des Durchschnitts der OECD-Länder. Die Beschreibung der aktuellen Leistungsfähigkeit lautet wie folgt: Das BIP pro Einwohner in USD beträgt laut Paritätskurs einen Wert von ca. 15 340, das ist um 1 325 mehr als im Jahr 2004 (bisher natürlich der beste zwischenjährige Zuwachs). Es gilt weiterhin, dass von den dreißig Ländern der OECD nur drei eine geringere Leistungsfähigkeit haben als die SR (Polen, Türkei und Mexiko).

Diagramm 1: Entwicklung der Lohnquote (Anteil der Angestelltenentlohnungen am BIP)



Quelle: Eigene Berechnungen laut Angaben des Statistischen Amtes de SR

Diagramm 2: Kreditvolumen in Kronen an Unternehmen und Bevölkerung



Quelle: Nationalbank der Slowakei

KOMMENTAR

Gutes Zeugnis des Finanzministeriums der SR (von Karol Morvay (morvay@mesa10.sk))

Knapp vor den Parlamentswahlen erscheinen Unterlagen oder Erklärungen von Analysten, Publizisten oder Nichtregierungsorganisationen, die die Arbeit einzelner Regierungsmitglieder oder Ministerien bewerten. In diesem Zusammenhang wird das Finanzministerium der SR positiv hervorgehoben (obwohl ein solches Ministerium meistens Zielscheibe von Kritik ist). Jedoch mit Recht. Das Finanzministerium der SR war in der Legislaturperiode 2002-2006 ein Ministerium, welches ein ideeller Garant vieler progressiver Änderungen in der Gesellschaft war und selbst grundlegend modernisiert wurde.

Das FM war Schirmherr einiger ressortübergreifender Strategien

Unter der Leitung des Finanzministeriums der SR entstanden einige entscheidende wirtschaftspolitische Dokumente: Es geht u.a. um die Entwicklungsstrategie der Konkurrenzfähigkeit der SR, um das Programm Minerva oder das Konvergenzprogramm der SR. Das sind typische ressortübergreifende Strategien, sie erfordern gemeinsame Anstrengung mehrerer Ressorts und das FM der SR zeigte sich als das optimale Ministerium für deren Koordination. Die genannten Dokumente brachten neue Elemente in die Wirtschaftspolitik:

- 1) In der Entwicklungsstrategie der Konkurrenzfähigkeit und im Programm Minerva bekannte sich die Regierung zum ersten Mal zur Strategie der Entwicklung, die auf Prinzipien der sog. Knowledge-economy basiert, d.h. auf den Prinzipien von Innovationsförderung und Entfaltung der Informationsgesellschaft.
- 2) Die Annahme des Konvergenzprogramms der SR bedeutete die Aufstellung eines Rahmens, der die Bewegungen der makroökonomischen Parameter der SR begrenzen soll. Es bedeutet eine verbesserte Vorhersehbarkeit der Entwicklung, eine Erleichterung bei Unternehmerkalkulationen sowie eine Minderung von Investitionsrisiken.

Umsetzung der am positivsten aufgenommenen Reform, Konsolidierung öffentlicher Finanzen

Es ist bemerkenswert, dass in der Regierungserklärung das Vorhaben, eine Steuerreform mit Einführung eines einzigen Steuersatzes für die Einkommenssteuer umzusetzen, nur vorsichtig formuliert wurde. Die Regierungserklärung spricht lediglich von einer „Analyse der Möglichkeit, eine direkte Steuer einzuführen“. Hier hat die Realität die Regierungserklärung überholt und die „Analyse der Möglichkeit“ führte zur problemlosen Einführung des einheitlichen Steuersatzes und dadurch zu der am positivsten aufgenommenen Wirtschaftsreform.

Das Konvergenzprogramm verpflichtete zur sparsamen fiskalischen Politik im Bemühen, die Maastrichtkriterien zu erfüllen, zu denen sich die Slowakei im Vertrag über den Beitritt zur EU

verpflichtete. Das Programm sieht vor, dass die SR allmählich einen ausgeglichenen Haushalt in den öffentlichen Finanzen erreicht. Diesem Ziel näherte sich die Regierung durch die Senkung des Verhältnisses des Defizits öffentlicher Finanzen gegenüber dem BIP (knapp unter 3% des BIP aus dem Jahr 2005) und durch das eingestellte Wachstum der öffentlichen Verschuldung am BIP (leicht über der Grenze von 40% am BIP). Die Umsetzung des Konvergenzprogramms übersteigt die Zeitspanne der Legislaturperiode und keinerlei Regierung kann seine langfristige Erfüllung garantieren. Die Umsetzung eines grundsätzlich unterschiedlichen Programms ohne Gefährdung des Ziels – des Beitritts zur Eurozone im geplanten Termin (2009) ist kaum zulässig.

Auch dank der Aktivität des FM schloss sich die Slowakei dem System der Währungskurse ERM II früher als ursprünglich erklärt wurde an. Dadurch begann es, eine weitere Bedingung für die Einführung des Euro in Bezug auf die Währungsstabilität zu erfüllen. Die Slowakei muss mindestens zwei Jahre Mitglied des ERM II sein, danach kann es der Eurozone beitreten. In offiziellen Erklärungen des MF der SR und der Nationalbank der Slowakei wurde erwähnt, dass die Slowakei bis Juni 2006 ERM II beitreten wird.

Modernisierung des Systems öffentlicher Finanzen

Seit 2004 wurde das Prinzip des sog. programmgemäßen Budgetierens angewendet. Die Aufteilung öffentlicher Gelder für Projekte und Programme mit messbaren Ergebnissen ist ein eindeutig positiver Beitrag zur Transparenz öffentlicher Finanzen. Das programmgemäße Budgetieren ist aber bisher durch eine Vielzahl formaler Programmziele gekennzeichnet, seine Verbesserung ist ein langfristiger Prozess.

Ein anderer Beitrag zur Modernisierung des Systems öffentlicher Finanzen ist die fiskalische Dezentralisierung. In der bewerteten Legislaturperiode erfolgte ein Transfer der Entscheidungsvollmacht über die Aufwendung des Teils öffentlicher Gelder auf die regionale oder lokale Selbstverwaltung. Eine der schattigen Seiten dieses ansonsten notwendigen Prozesses war die Notwendigkeit, gegen die uferlose Anhebung einiger Steuersätze durch Gemeinden einzugreifen. Die Gemeinden wurden ab 2005 zu Mitgestaltern der Steuerbelastung und dadurch auch des Unternehmensmilieus. Die Gemeindevertretungen nutzten die Möglichkeit, die sie ab Januar 2005 durch das Gesetz über lokale Steuern erhielten – die Sätze der Immobiliensteuern nach eigenem Ermessen zu ändern. Diese Befugnis wurde

den Gemeinden im Rahmen der fiskalischen Dezentralisierung erteilt, dadurch erhielten sie ein Instrument zur Gestaltung des unternehmerischen Mikrokosmos in der Gemeinde. Die Motivation, Finanzen so rasch wie möglich von Unternehmern in die Gemeindekassen zu bekommen hat offensichtlich überwogen, da einige Gemeinden die Steuersätze in absurden Höhen festgesetzt hatten, ohne Garantie auf Stabilität der Sätze in der Zukunft. Logischerweise entstanden daher Befürchtungen wegen der unvorhersehbaren Entwicklung der Steuersätze. Das Finanzministerium setzte nach dieser negativen Erfahrung die Festlegung von Obergrenzen für die örtlichen Immobiliensteuern durch.

..... war auch mit der Modernisierung des Finanzministeriums selbst verbunden

Das FM hat außer der Reform der Wirtschaft auch seine eigene Tätigkeit reformiert. Es stärkte seine analytische Basis (durch das Institut für Finanzpolitik) und verfasste eigene analytische und prognostische Unterlagen auf hohem fachlichen Niveau. Außerdem wurde auf dem Finanzministerium eine Prüfung der Prozessabläufe durchgeführt, die eine Basis für seine effizientere Tätigkeit und personelle Zusammensetzung schufen. Und was bei einer Fremdbewertung der Tätigkeit des Ministeriums äußerst wichtig ist: Seine Auswertungen, Angaben über die Entwicklung öffentlicher Finanzen, Analysen und Prognosen werden vom FM in großem Maße veröffentlicht. Während früher Fachleute aus der Öffentlichkeit Probleme hatten, zu relevanten Daten zu gelangen, so vermag das jetzige Angebot von Angaben des FM auch anspruchsvolle Interessenten an Angaben oder Wirtschaftsanalysen zufrieden zu stellen.

Finanzministerium muss Konfrontation mit Regierungsprogramm nicht fürchten

Das FM der SR kann als ein Ministerium bezeichnet werden, das sich im Grunde genommen jener in der Regierungserklärung verankerten Aufgaben erfolgreich annahm. Es hat mehrere Reformprozesse erfolgreich begleitet und schaffte auch die Modernisierung seiner eigenen Tätigkeit. Vereinzelt sind noch nicht systemkonforme Schritte erfolgt (Manöver mit Verbrauchssteuersätzen), Tendenz zur Fetischisierung der Annahme des Euro oder der Defizitsenkung „um jeden Preis“, oft auf Kosten einer äußerst mangelnden Finanzierung mancher öffentlicher Bereiche oder Vernachlässigung einiger Verpflichtungen des Staates (z. B. ignorierte Bedürfnisse bei Finanzierung von Hochwasserschutz). Insgesamt erfüllte jedoch das Ministerium jene strategischen Aufgaben, die es in diesem Zeitraum zu erfüllen hatte, trug zur Festigung makroökonomischer Stabilität bei sowie zur Verbesserung der Voraussetzungen für eine wachsende Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Slowakei.